

Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-000667/2026
an die Kommission
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Reinhold Lopatka (PPE), Hildegard Bentele (PPE)

Betrifft: Sicherheit der EU-Bürger

Im November 2025 entdeckten die österreichischen staatlichen Stellen in Wien ein geheimes Waffenlager, das mit einem Netzwerk der Hamas in Verbindung gebracht wird. Die folgenden Ermittlungen führten zur Festnahme eines von deutschen Anklägern als Mohammed A. identifizierten britischen Staatsangehörigen, der die Waffen mutmaßlich nach Österreich gebracht hat, nachdem er sie von einem zuvor in Deutschland festgenommenen Verdächtigen erhalten hatte.

Im Oktober 2025 nahmen die deutschen Behörden drei Personen fest, die verdächtigt werden, Waffen von einem Libanesen gekauft zu haben, der vergangene Woche nach dem Überschreiten der dänisch-deutschen Grenze selbst in Haft genommen worden war.

Ein vierter Verdächtiger wurde verhaftet, nachdem er aus Tschechien nach Deutschland eingereist war. Ihm wird zur Last gelegt, dem Libanesen Munition und Waffen besorgt zu haben.

Man geht davon aus, dass all diese festgenommenen Personen einer terroristischen Organisation angehören, die mit der Hamas in Verbindung steht und Angriffe auf jüdische und israelische Einrichtungen in der EU plant.

Im Februar 2025 sind vier mutmaßliche Hamas-Mitglieder aus ähnlichen Gründen in Berlin vor Gericht gestellt worden.

1. Wie stimmt sich die Kommission zusätzlich zu ihrer neuen Strategie für die innere Sicherheit bei den Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung mit den Mitgliedstaaten und entsprechenden externen Partnern wie Israel ab, um die Sicherheit aller EU-Bürger zu gewährleisten?
2. Plant sie, den Zustrom von Flüchtlingen aus dem Gazastreifen streng zu kontrollieren, um sicherzustellen, dass keine ehemaligen Agenten der Hamas oder anderer terroristische Organisationen in die EU einreisen?

Eingang: 17.2.2026